

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 25 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 18. Juni 1932

### An die christliche Arbeiterschaft!

**N**acht Wochen sind seit der Wahl des Reichspräsidenten vergangen. Acht Wochen seit dem Tage, an dem das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft in einer starken nationalen Begierde und in einer ebenso starken nationalen Opferbereitschaft sich um Hindenburg sammelte. Unter seiner Führung sollten die Grundlagen eines freien deutschen Volksstaates erhalten und ausgebaut werden.

Im Kampf um die inner- und außenpolitische Freiheit des Staates hatte sich Hindenburg für das Volk und den deutschen Volksstaat entschieden.

Seine Wahl bedeutete die Sammlung aller wahrhaft nationalen und staatserkhaltenden Kräfte. Sie war ein hoffnungsvoller Auftakt für den Kampf, den der junge nationale und soziale Volksstaat nach innen und außen noch zu bestehen hat.

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz aller Opfer, die Wirtschafts- und Staatskrise ihr auferlegten, ihre beste Kraft in diesem Kampf eingesetzt. Ihre Hoffnung galt der Zukunft des Vaterlandes, die nicht zuletzt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt.

Sie galt der Hoffnung einer freien deutschen Arbeiterschaft in einem freien deutschen Volksstaat.

Die Wiederwahl Hindenburgs hatte den seelischen Boden bereitet für die Sammlung aller nationalen Volkskräfte. Der Weg zu dieser Sammlung ist von unerwartlichen Kräften jäh abgebrochen. Die nationale Arbeiterschaft erlebte eine schmerzliche Enttäuschung.

Was die arbeitserfeindlichen Mächte in offener Wahlschlacht nicht erreicht haben, ist ihnen nunmehr durch schrittweises Untergraben der sachlichen und persönlichen Grundlagen der Regierung Brüning gelungen. Ein Weg hoffnungsvoller Volks- und Staatsentwicklung ist abgebrochen worden. Der Weg zu einem neuen „System“ ist beschnitten. Es ist der Weg zur Wiederentrichtung der deutschen Arbeiterschaft.

Der Sturz der Volksregierung Brüning und der vorbereitete Aufmarsch des Klassenkabinetts Schleicher-Papen ist der Versuch der Beseitigung aller Ansätze zum sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat ihren sozialen Kampf immer aus einem tiefen nationalen Verantwortungsbewusstsein gegenüber Staat und Gesamtvolk geführt. Sie hat Schweres und Schwerstes für Staat und Volk auf sich genommen, um den Weg aus der Krise zu verkürzen und den Freiheitskampf der Nation zu erleichtern.

Sie empfindet es als Hohnausführung nationalen Willen und ihre nationale Tat, daß nach der wahrhaft nationalen Volksregierung Brüning eine Regierung der sogenannten „nationalen Konzentration“ auftritt, die sich aus Vertretern von Gruppen zusammensetzt, deren offensichtliche Ziele auf Zurückwerfung der Arbeiterschaft gehen. Sie sieht darin einen verderblichen Mißbrauch des Nationalen, dem sie schärfste Abwehr entgegensetzt. Für die christliche Arbeiterschaft gibt es nur eine

nationale Volkskonzentration, die aus dem gleichen Recht, der gleichen Pflicht und der gleichen Freiheit aller Schichten und Stände erwächst.

Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur als eine

„nationale“ Klassenkonzentration angesehen werden. An „nationaler“ Klassenherrschaft ist das alte Deutschland zusammengebrochen. Das neue Deutschland wird durch sie nicht gerettet werden.

Die Arbeitserfeindlichkeit der Regierung Schleicher-Papen tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage. Ihre sozialpolitische Haltung geht von der Schlagwortpolitik reaktionärer Kreise aus. Den sozialpolitischen Verpflichtungen, die Staat und Nation in der Not der Krise übernehmen mußten, wird Schwächung der

moralischen Kräfte der Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen.

Diese Haltung wird für sie der Auftakt zum Aufbau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Tarif- und Schlichtungswesens, sowie des sozialen Schutzes überhaupt.

Nicht zuletzt um ihres Widerstandes willen gegen diesen Abbau ist die Regierung Brüning-Stegerwald gestürzt worden. Von der Regierung Schleicher-Papen erwartet ihn die soziale Reaktion.

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft durch die Staats- und Wirtschaftskrise war der schwerste, den je eine Arbeiterschaft gegangen. Sie ist diesen Weg mit bewunderungswürdiger moralischer Kraft, mit staatspolitischer Disziplin, mit ungeschwächtem Willen zur Selbsthilfe gegangen.

Die neue Regierung hat für die staatspolitische

Haltung der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie stellt sich mit den Arbeiterfeinden in eine Linie. Damit steht die Arbeiterschaft vor neuem Kampf. Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nationalen Konzentration und der Rettung christlicher Kultur soll die Arbeitserfeindlichkeit verhüllen.

Der Kampf der christlich-nationalen Arbeiterschaft für christliche Kultur und nationale Freiheit ist so alt wie die christliche Arbeiterbewegung selbst.

Die christliche Arbeiterschaft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften verkündet wurde.

Sie sammelt sich zum Kampf für christliche Kultur zum Kampf für nationale Freiheit zum Kampf für soziale Gerechtigkeit zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsidee. Berlin, den 7. Juni 1932.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

### Eine Klärung

**U**nsere in Frageform überschriebenen Darlegungen in Nr. 24 der „Baugewerkschaft“ „Ein neuer Kurs?“ haben sehr bald eine bedauerliche Bestätigung gefunden. Die neue Reichsregierung hat in ihrem der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Programm ihre Stellungnahme zu den sozialen Fragen in einer nicht nur eigenartigen, sondern die wirtschaftlichen Tatsachen und Entwicklungsvorgänge, aber auch das Volks- und Weltempfinden in geradezu provozierender Weise herausgestellt. Sie lieft dem deutschen Volke auf diesem Gebiete folgendes Kapitel:

„Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.“

Alles menschliche Tun wird menschlichen Irrtümern unterworfen sein. Das gilt nicht nur für das Vergangene, sondern ebenso stark für das Gegenwärtige. Ob die soziale Gesetzgebung in Einzelfällen das Verantwortungsgesühl geschwächt hat, ob sie alle Einrichtungen, die in wirtschaftsstabilen Zeiten im guten Glauben geschaffen wurden, hundertprozentig durchhalten kann, ist bei der staatspolitischen Jur-Debatte-Stellung nicht die Hauptfrage. Die Hauptfrage ist, ob ein zu 70 Prozent industrialisiertes Volk, in dem die Mehrzahl in abhängiger Stellung tätig sein muß und der Verbindung mit den direkten Wirtschaftsquellen beraubt ist, nach den Grundsätzen des 18. oder denen des 20. Jahrhunderts regiert werden kann. Der Zweck des Staates soll das Wohl der Allgemeinheit sein. Je nach der wirtschaftlichen Zusammensetzung des Staatsvolkes können die staatlichen Maßnahmen für die Stützung der bedürftigen Stände in Art und Höhe verschiedenartig sein. Eine Ablehnung staatlicher Pflichten zur Unterstützung anerkannt wirtschaftlich zurückgefallener Volksschichten bedeutet den wirtschaftsliberalistischen Staat in seiner zugespitztesten Form, bedeutet den Staat nur als Gemeinschaft um bestimmter Machtzwecke willen gedacht, bedeutet bewußtes Verkennen derjenigen Staatsidee, die letzten Endes auch bei Bluts- und Sprachengemeinschaft die stärkste Klammer im Gesellschaftsleben ist, die soziale Verbundenheit der Staatsangehörigen, die wir mit anderen Worten christliche Nächstenliebe nennen. Wir brauchen mit der derzeitigen Reichsregierung uns nicht über einzelne Worte ihres Programms zu streiten. Wir brauchen auch nicht zu betonen, daß wir als christliche Arbeiterbewegung die Selbstverantwortung des einzel-

nen vor die Gemeinschaftsverantwortung der Gesamtheit in bezug auf Lebensunterhalt und sonstige persönliche Bedürfnisse stellen. Wir haben keine sozialistische Wohlfahrtsidee, in der die eigene Verantwortlichkeit geschwächt werden könnte, zu verteidigen. Wir haben aber vom Staat als der Zusammenfassung der Angehörigen des Volkes zu verlangen, daß er das, was in den Sittengesetzen steht, zur Grundlage seines Handelns nimmt. Wenn wir auf Grund des Programms der derzeitigen Reichsregierung zur derzeitigen Staatsführung kein Vertrauen haben, so liegt die Schuld nicht bei uns. Wir wollen uns bei Aufzeigen dieser grundsätzlichen Staatsaufgabe polemischer Vergleiche in bezug auf Hilfe für andere Volksschichten und Gesellschaftskreise, insbesondere derer, die der jetzigen Regierung standes- und gesinnungsgemäß näher stehen, enthalten. Die in dem Programm der Reichsregierung liegende Herausforderung wird zu gegebener Zeit zu einer besonderen Erörterung dieser Dinge führen.

Nach längerem Bemühen ist es der Reichsregierung gelungen, in der Person des bisherigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Herrn Schäffer einen neuen Reichsarbeitsminister zu finden. Angesichts des angekündigten Programms kann weder die Vergangenheit noch der gute Wille des neuen Reichsarbeitsministers zu Hoffnungen Anlaß geben, die im Interesse des sozialen Ausgleiches notwendig wären.

In ihrer Zeitschrift „Soziale Praxis“, Heft 23 vom 9. Juni 1932 nehmen die Sozialwissenschaftler zum sozialen Teil der Regierungserklärung Stellung. Es heißt dort:

„Über die unerfreuliche Gesinnung dieser Erklärung können Zweifel nicht entstehen. Sie enthält keinen eigenen Gedanken, sondern bewegt sich in abgegriffenen Schlagworten. Sie bringt Generalanklagen gegen das deutsche Volk und, was bisher in einer Regierungserklärung ebenfalls nicht üblich war, Anklagen gegen die Regierung, deren Nachfolge angetreten worden ist. Reichstanzler Brüning und die Mitglieder seines Kabinetts haben sich gegen die „schweren Vorwürfe“ in einer Gegenerklärung zur Wehr gesetzt, um auf diesem Wege — da die neue Regierung der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung sich entzogen habe — dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben, entgegenzutreten. ... Was praktisch geplant wird, ist aus der Erklärung der neuen Regierung nicht zu ersehen und wird von der gesamten Arbeitnehmererschaft mit großer Sorge erwartet.“ (Sperrungen von uns. Red.)

Damit erklären die Sozialwissenschaftler, daß die Regierungserklärung die starken Bedenken, die bei der Bildung der neuen Regierung schon zutage traten, durch die Regierungserklärung nicht zerstreut worden sind.

# Wir kämpfen für eine bessere Zukunft

Es gibt in Deutschland keine Berufsgruppe, die stärker von den Folgen der tiefgehenden Wirtschaftskatastrophe deutscher Geschichte betroffen ist, als die Bauarbeiter. Die durchschnittliche Beschäftigungslosigkeit im Baugewerbe hat noch nie einen so tiefen und beständigen Grad erreicht wie beispielsweise im Jahre 1931, und es ist zu befürchten, daß die Beschäftigungskurve auch im Jahre 1932 noch keine aufsteigende Tendenz aufweisen wird. Am fühlbarsten hat sich dieser katastrophale Niedergang der Bauwirtschaft im Haushalt der Bauarbeiter bemerkbar gemacht. Zu der unerträglich langen Verdienstlosigkeit kamen noch die zunehmenden Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung und die mehr- oder weniger Kürzungen der Mu und Krz und deren Bezugsdauer. Not und Entbehrungen haben unter diesen außergewöhnlichen Umständen in den Familien der Leute vom Bau Formen und Ausmaße angenommen, daß eine buchstäbliche Verarmung und Verelendung die unausbleibliche Folge sein muß, wenn es den gemeinsamen Bemühungen aller an einer gesunden Bauwirtschaft interessierten Stellen im Staate, in den Kommunen und in der Wirtschaft nicht in Kürze gelingt, für die Bauwirtschaft mit ihrer volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Schlüsselstellung die notwendigen Voraussetzungen für einen neuen konjunkturellen Auftrieb zu schaffen.

Die Not bei Millionen deutscher Volksgenossen im allgemeinen und die grenzenlose Not bei vielen Hunderttausenden deutscher Bauarbeiter im besonderen erschließt von allen verantwortlichen Stellen gebieterisch schnelles und durchgreifendes Handeln.

Man hat während und nach dem Kriege durchaus mit Recht oft vom Heldentum des deutschen Frontkämpfers gesprochen und geschrieen. Die unzähligen und harten Entbehrungen, die Millionen erwerbsloser deutscher Staatsbürger mit ihren Familien seit Jahr und Tag auf sich nehmen müssen und das Elend, das ein unbarmherziger Schicksal bei diesen Millionen Erwerbslosen ausgelöst hat, sind historische Fakten, die nur von der Größe des Heldentums der Frontkämpfer übertroffen werden. Dieses Elend und diese grauenvolle Not ist bis jetzt mit einer geradezu bewundernswerten Ruhe und mit einer lobenswerten Einsicht, im festen Glauben an die Ueberwindungs- und Lebenskraft unseres Volkes getragen worden. Diese hohe, in die Praxis umgesetzte nationalpolitische Gesinnung der, wenn auch ärmsten, so doch treuesten Söhne unseres Volkes kann nicht oft und eindringlich genug denjenigen Kreisen zum Bewußtsein gebracht werden, die auch heute noch den Menschen Arbeiter in die alte Rechts-, Einfluß- und Schutzlosigkeit früherer Jahrzehnte, aus der er dank der Gewerkschaftsarbeit eben erst befreit wurde, zurückwerfen wollen. Die Bemühungen der uns feindselig gesinnten Volkskreise, die deutschen Arbeiter wieder zu Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse zu degradieren, werden in den alten bekannten und in neuen Formen verstickt und offen, in Wort und Schrift und Handlung, auf der ganzen Linie mit dem größten Energieaufwand fortgesetzt. Und es fällt dem aufmerksamen Beobachter der sozialen Auseinandersetzungen ohne weiteres auf, daß sich die Arbeitgeber immer enger sind, ganz gleich, ob sie sich in der Abwehr befinden oder die Angreifer sind, ob sie Forderungen der Gewerkschaften ablehnen oder eine soziale Schlechterstellung der Arbeiter verlangen. Immer sind sie sich bewußt, daß die Einigkeit, der enge Zusammenschluß, ihre größte Stärke und die Uneinigkeit, die Zersplitterung, ihre größte Gefahr ist. Die Arbeiterschaft hat durch ihren eigenen Zusammenschluß in den Gewerkschaften, durch den sie erst stark und einflussreich geworden ist, auch die Arbeitgeber zum Zusammenschluß in wirtschaftlichen Verbänden gezwungen. Wir dürfen deshalb nie und nimmer vergessen, daß die Aufgabe des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für uns die Aufgabe unserer Stärke und unseres Einflusses, unserer Machtposition, die Aufgabe unseres zurechtfindenden Rechts, an der künftigen Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen, staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Zukunft unseres Volkes mitzubauen, bedeuten würde. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß auch das künftige Ringen unseres Volkes um eine Ueberwindung der Wirtschaftskrise und um eine bessere wirtschaftliche Zukunft begleitet sein wird von wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen, bei denen derjenige auf der Strecke bleiben wird, der dem Gegner an Einfluß und Macht unterlegen ist. Deshalb bedeutet jeder Verlust eines Verbandesmitglieder eine Schwächung unserer Position und ein Plus für unsere Gegner. Wir werden aus diesem Grunde unverantwortlich handeln, wenn wir auch nur ein einziges nutzloses Mitglied des Verbandes ohne eindringliche Anklärung von uns gehen lassen. Die für die Ortsverwaltungen nun einmal notwendigen kleinen Arbeitslosenbeiträge — gewiß schwerer zu entrichten wie für den Arbeitenden der Selbstbeitrag — die Aufgabe des Glaubens an eine wiederkehrende Wirtschaftsbellebung sind in der Regel die vorgebrauchten Gründe. Diese Kollegen vergessen in ihrer Not, daß die Schwerlasten der deutschen Gewerkschaftsbewegung in eine Zeit fiel, in der es wohl keine wirtschaftlichen Störungen von dem Ausmaße der augenblicklichen

Wirtschaftskrise gab, in der es aber der Arbeiterschaft infolge langer Arbeitszeit, unzulänglichen Lohnes, Ausbeutung auf der ganzen Linie, völliger Schutzlosigkeit, recht übel erging. Der materielle Lebensraum der breiten schaffenden Schichten war damals in der Regel nicht viel größer als derjenige unserer heutigen Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsbezieher. Und trotzdem haben die damaligen Gründer und Förderer der Gewerkschaften unter harten Entbehrungen und Opfern die finanziellen Mittel für ihre Gewerkschaftsbewegung aufgebracht. Sie haben aber nicht nur finanzielle Opfer gebracht, sondern der Gefahr zum Trotz, gemahregelt zu werden und ihre Arbeitsstätte zu verlieren oder, wegen „unkürzlerischen Bestrebungen“ mit Gefängnis bestraft zu werden, sich mit größtem Fleiße und unerschrocken am Auf- und Ausbau ihrer Kampfverbände beteiligt. Sie glaubten mit der ganzen Inbrunst ihres Herzens an die Sieghaftigkeit ihrer Idee. Das Wohlergehen und die gleichberechtigte Einordnung ihres Standes in das Volksganze war ihr höchstes Ziel. Mut- und Hoffungslosigkeit fanden in ihren Reihen keinen Raum. Die Befreiung ihres Standes von den unwürdigen Fesseln der Rechts- und Einflußlosigkeit, von Unterdrückung und Ausbeutung, galt ihnen alles. So wuchs aus dem festen Glauben an eine christliche und soziale Idee allmählich eine freie, gleichberechtigte deutsche Arbeiterschaft heran.

Nie hat die deutsche Arbeiterschaft starke und einflussreiche Gewerkschaften so dringend notwendig gehabt wie augenblicklich und in der nächsten Zukunft. Unmöglich, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Vorschläge zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten einerseits und maßlose Verbeugung und unerfüllbare Versprechungen jeglicher Art durch verantwortungsbewusste politische Gruppen andererseits machen gebieterisch eine starke Gewerkschaftsbewegung zur unerlässlichen Notwendigkeit, die mit eiserner Frontstellung gegen alle Widerjäger und mit klaren Zielen und christlichen Grundzügen unbesirrt und notfalls rücksichtslos an dem Wohlergehen der Arbeiterschaft arbeitet und sie vor einer neuen unwürdigen Verklammerung schützt. Diese große Aufgabe der Gewerkschaften ist die Opfer wert, die der Verband von seinen Mitgliedern fordern muß. Mut und Vertrauen in unsere eigene Kraft, Glaube an die hohen Zukunftsaufgaben der christlich-nationalen Gewerkschaften, Opferbereitschaft und Mitarbeit, das sind die Erfordernisse der Stunde. So denken und handeln befähigt die deutsche Arbeiterschaft, die größte Wirtschaftskatastrophe der Menschheitsgeschichte stark und unbesiegt zu überwinden und nachher Baumeister zu sein an einer neuen glücklichen Zukunft des ganzen deutschen Volkes. G. Maurer.

## Die deutsche Not in drei Zahlen

Drei Zahlen sind auf diesem Bilde nur dargestellt. Sie geben aber ein klares Bild der Not und des Elendes im deutschen Volke. Das Bild zeigt, daß seit dem Jahre 1929 der Gesamtumsatz an Waren der deutschen Volkswirtschaft von 218 Milliarden RM. auf 161 Milliarden RM. zurückgegangen ist, also um mehr als ein Drittel. Noch schlimmer zeigt sich aber die Not, wenn man statt der einfachen Jahreszahl die Vierteljahreszahlen einsetzt. Dann sieht man, daß gegenüber dem vierten Vierteljahr 1929 der Gesamtumsatz von 58 Milliarden auf 37 Milliarden im ersten Vierteljahr

## Geschrumpfter Umsatz



1932 zurückgegangen ist. Nimmt man nun an, daß die Hälfte dieses Rückganges des Wertes des Binnenhandels und des Außenhandels auf die Preisentwertung zurückzuführen ist, so ergibt sich immer noch eine Schrumpfung des Verbrauchs des deutschen Volkes um etwa ein Fünftel. Diese Zahl entspricht ja auch der Arbeitslosenzahl von 6 Millionen, die ungefähr ein Fünftel der gesamten Erwerbstätigen im deutschen Volke darstellt. Jeder Deutsche kann also durchschnittlich nur um ein Fünftel weniger Waren verbrauchen als vor zwei Jahren, was doch der Beweis einer starken Einschränkung und Not weiter Volksschichten ist.

## Arbeitslosenfeststellung im Verband im Mai 1932

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Mai aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage im Vergleich zum Vormonat wieder eine nur bescheidene Besserung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom April 1932 mit 86,23 Proz. weist der Mai die Zahl der Beschäftigungslosen mit 83,01 Proz. aus. Das bedeutet ein Fallen der Arbeitslosenzahl von 3,73 Proz. Gegenüber der Vergleichszahl von 1931 mit 62,32 Proz. liegt der diesjährige Arbeitslosenstand des Monats Mai um 24,92 Prozent höher. In den letzten fünf Jahren hatten wir im Mai folgende Arbeitslosenzahlen: 1927 = 6,80 Proz., 1928 = 14,06 Proz., 1929 = 16,06 Proz., 1930 = 44,60 Prozent, 1931 = 52,32 Proz. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Frankfurt, ihm schließen sich an: Königsberg, Köln und Sochum. Nur ein Bezirk liegt unter 75 Proz. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozent der Mitgliederzahl:

1. Berlin	84,83 Proz.	7. Köln	87,04 Proz.
2. Sochum	86,87	8. Königsberg	87,43
3. Breslau	78,97	9. München	77,28
4. Frankfurt	88,15	10. Münster	82,89
5. Hannover	79,01	11. Paderborn	76,83
6. Karlsruhe	74,96		

Die Hoffnungen auf eine gewisse Belebung der Bauwirtschaft für die kommenden Monate sind zunächst durch die Fernwirkungen des Wechsels der Reichsregierung unterbrochen. Aber auch die kredithemmenden Folgen der staatspolitischen Vorgänge der letzten Wochen werden der Bauwirtschaft neue Erschwerungen bringen. Wenn im Rahmen großer politischer Vorgänge auch die berechtigten Bedürfnisse eines Berufszweiges nicht allein erscheinend sein können, so muß doch angesichts der besonderen Notlage der Bauwirtschaft verlangt werden, daß mit der größten Objektivität und der größten Bescheidenheit ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung getragen wird.

## Die Auslegung von Tarifverträgen

In Deutschland werden die Arbeitsverhältnisse von etwa 10 Millionen Arbeitnehmern durch 8000—9000 Tarifverträge unmittelbar beeinflusst. Diese beiden Zahlen lassen sowohl die große Mannigfaltigkeit innerhalb der Tarifverträge als auch deren Bedeutung im Wirtschaftsleben ohne weiteres augenfällig werden, zumal wenn man bedenkt, daß darüber hinaus noch weitere Millionen von Arbeitsverträgen mittelbar sich die Tarifvertragsnormen zu eigen machen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Tarifvertragsabschlüsse in der Regel auf Kompromissen beruhen, und nicht immer einer juristischen Vorprüfung unterzogen werden können, so kann es nicht wundernehmen, daß zahlreiche arbeitsgerichtliche Entscheidungen um die Auslegung tarifvertraglicher Bestimmungen notwendig werden. So nehmen dann auch die Tarifverträge in der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts einen breiten Raum ein.

Das Gesetz verlangt, wie es bei so bedeutungsvollen Rechtsgeheimnissen nicht anders sein kann, für Tarifverträge die Schriftform. Da sie objektive Rechtsnormen enthalten, müssen sich die davon Betroffenen in erster Linie auf das Niederschriftliche stützen und verlassen können. „Was man schwarz auf weiß besetzt, kann man getrost nach Hause tragen“, muß hier in erster Linie gelten. Deshalb hält auch das Reichsarbeitsgericht daran fest, daß der ausdrücklich erklärte Wille der Tarifvertragsparteien zu gelten hat; eindeutige Bestimmungen sind nicht auslegungsbedürftig und können im Wege der Auslegung nicht geändert, erweitert oder eingeschränkt werden. In diesen Fällen darf unterstellt werden, daß der schriftlich erklärte Wille mit dem wirklichen übereinstimmt.

Andererseits unterliegen die Tarifverträge den Auslegungsregeln des Bürgerlichen Gesetzbuches: Nach § 113 ist der wirkliche Wille zu erfordern und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften, und nach §§ 157 und 242 haben Auslegungen und Leistungen so zu erfolgen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Offenbare Mängel können auf dieser Grundlage beseitigt, falsche Ausdrücke können im richtigen Sinne angewandt werden, wenn z. B. offensichtlich „Kündigung“ statt „Entlassung“, „Besitz“ statt „Eigentum“, „Entgelt“ statt „Lohn“, „Tag“ statt „Arbeitstag“ oder umgekehrt gesagt worden ist. Für Fälle, die nicht vorhergesehen werden konnten, ist auch die „ergänzende“ Auslegung zulässig, wenn bei vernünftigen Ueberlegungen die Tarifvertragsparteien im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen auch diese Fälle mit berücksichtigt hätten. Jedoch kann im Wege der Auslegung keine Erweiterung des Tarifvertrages auf solche Fragen erfolgen, die in ihm überhaupt nicht geregelt sind.

Wenn es nicht gelingt, aus dem Wortlaut der irrtümlichen Bestimmungen, ihrem Zweck und ihrem Zusammenhang mit anderen Teilen des Tarifvertrages zu einer klaren Willensbestimmung zu kommen, so steht dem Gericht zur Willenserforschung die Befragung der Tarifvertragsparteien zur Verfügung. Die Entziehungsgeschichte der fraglichen Bestimmung, die Verhandlungen darüber, protokollarische Erklärungen dazu, die allgemeine praktische Handhabung sind zulässige Hilfsmittel für die Auslegung; über diesbezügliche Tatsachen können Zeugen vernommen

werden. Entscheidungen von tarifvertraglichen Schiedsgerichten oder Gutachterstellen sind, auch soweit sie für die Gerichte nicht bindend sind, mit zu berücksichtigen; freilich steht ihre Würdigung dem Gerichte frei. Haben die Tarifvertragsparteien zu einer Tarifvertragsbestimmung eine „authentische“ Auslegung getroffen, so wird sich das Gericht dieser anschließen, vorausgesetzt, daß sie mit dem schriftlich erklärten Willen vereinbart werden kann. Ist das nicht der Fall, entspricht aber die Auslegungserklärung den Formvorschriften für Tarifverträge, so bedeutet sie eine Aenderung des Tarifvertrages und ist wie eine solche, auch wenn die Parteien sich dessen nicht bewußt waren, zu würdigen. Selbstverständlich kann bei Tarifverträgen, ebenso wie bei anderen Verträgen, die Auslegung nur einer Partei über eine Bestimmung nicht entscheidend sein.

Auslegung ist vernünftiges Verstehen. Treu und Glauben und die (gute) Verkehrssitte sollen sie beherrschen. Nicht jedes in den Tarifverhandlungen gesprochenes Wort darf auf die Goldwaage gelegt werden. Auf die Eigenarten der Parteien, die Besonderheiten des Tarifvertrages ist Rücksicht zu nehmen; die Anwendung eines Schemas ist nicht am Platze.

Im Sinne vorstehender Ausführungen hat das Reichsarbeitsgericht die Auslegung der Tarifverträge gehandhabt und gebilligt. Den Richtern sind dadurch ziemlich weite Grenzen gesteckt, die im wesentlichen dort liegen, wo die Auslegung selber endet, wo sie nämlich Kritik, Korrektur, Aenderung und unzulässige Erweiterung oder Einschränkung des Vertragsrechtes darstellen würde. Das wäre aber Schaffung neuen Rechts, die dem Richter nicht zusteht. Günther Romkopf.

### Das Arbeitseinkommen im ersten Halbjahr 1932

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet in seinem neuesten Vierteljahrsheft über den Rückgang des Arbeitseinkommens in Deutschland seit dem konjunkturellen Höhepunkt Ende 1929. Danach verdienten die Arbeiter, Angestellten und Beamten im ersten Vierteljahr 1932 nur noch 6,6 Milliarden RM. gegenüber mehr als 11 Milliarden RM. im dritten Vierteljahr 1929. Wenn diese Berechnung auch zum Teil auf Schätzungen beruht, so zeigt sie doch mit großer Eindringlichkeit, wie verheerend Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzungen, Tarifsenkungen und Abbau übertariflicher Bezüge gewirkt haben. Fast 40 v. H. des Arbeitseinkommens fallen nunmehr bereits aus.

Merkwürdigerweise schätzt das Institut für Konjunkturforschung das Arbeitseinkommen für das zweite Vierteljahr 1932 etwas höher als für das erste Vierteljahr, nämlich auf 6,8 Milliarden RM. gegen 6,6 Milliarden RM. Diese Steigerung ist aber ausschließlich durch die Berücksichtigung der saisonmäßigen Zunahme der Beschäftigung zu erklären.

Im wesentlichen haben zwei Hauptfaktoren — Senkung der Löhne und Gehälter, sowie der übertariflichen Bezahlung und Rückgang der Beschäftigung — den starken Einkommensrückgang bewirkt. Dabei fällt nach der Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung der Beschäftigungsrückgang stärker ins Gewicht als der Lohn- und Gehaltsabbau. Während nämlich von dem Einkommensrückgang sämtlicher Arbeitnehmerkategorien über 20 v. H. auf den Rückgang der Beschäftigung entfällt, wird ungefähr 15 v. H. durch Lohn- und Gehaltsabbau bedingt. Diese Schätzungsergebnisse, die allerdings nach Informationen bei den beteiligten Kreisen gewonnen worden sind, gelten für den Durchschnitt aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im einzelnen liegen die Verhältnisse verschieden, wie auch die Einkommensminderung für den einzelnen Arbeitnehmer sehr viel anders zu beurteilen ist, weil das Einkommensniveau mit neuen Steuern und Erhöhungen der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung mindestens um 5 v. H. mehr belastet worden ist. Obwohl die Preisentwertung die Wirkungen der Einkommensminderung etwas abgeschwächt hat, sind die Rückwirkungen des Lohn- und Gehaltsabbaues recht stark. Das trifft im besonderen für diejenigen Arbeitergruppen zu, deren Lohnabbau über die vom Institut für Konjunkturforschung geschätzte Mindestgrenze hinausgeht, was in starkem Umfang beim Baugewerbe zutrifft.

### Gewerkschaftl. Sonntagserlebnis

Früher Sonntagmorgen am Bahnhof einer Kur- und Badestadt. Die Kur- und Badegäste pflegen noch der Ruhe. Die wochentags in die Tretmühle der Arbeit eingespannten Arbeiter und Angestellten eilen zum Bahnhof, um einige Stunden in der Natur Körper und Geist neu zu stärken. Die Gewerkschaftsarbeit kennt keinen Ruhetag. Am wenigsten am Sonntag. Die Beschäftigung unserer Kollegen außerhalb des Heimatsortes läßt sehr oft nur den Sonntag als Versammlungstag zu. Werttags also Rechtschutz, Auskünfte, Verhandlungen, Sonntags Versammlungen. Das ist notwendig, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Nach der Bahnfahrt bleibt am Verhandlungsort noch etwas Zeit zum Ergehen in der Natur. In ewig unvergleichlicher Schönheit rollt der Rhein seine Wogen. Er ist von Bergungsdampfern besetzt. Von den Hängen grünen die Nebenquartiere, von den Gipfeln teils erhaltene, teils

### Am 18. Juni 1932 ist der fünfundsingzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

verfallene Burgen und Schlösser. Lugas und Glend Höfen in den Kur- und Badegebieten immer draßlich aufeinander. Neben dem mit allem Komfort ausgestatteten Lugasdampfer paddelt die armelige Schaluppe des Rheinfischers. Das Kleid der Modedame wird gestreift vom zerfallenen Ritttel des Fischer- und Arbeiterkinds. Vergleiche und Betrachtungen über die unsoziale Verteilung der Lebensgüter, noch mehr aber über das unsoziale Empfinden so vieler Mitmenschen sind naheliegend. — Die Arbeit fordert ihr Recht, Versammlung mit Aufklärung über die vielen uns bewegenden Zeitfragen in Löhnen, Arbeitszeit, noch mehr aber Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheit, Arbeitslosen- und andere soziale Unterstützungen sind das notwendige Gesprächs- und Verhandlungsthema. Auskünfte in Einzelangelegenheiten schließen sich dem an. — Die Not gebietet auch Mut! Das Arbeitslosenschicksal erfordert vom Arbeiter und seiner Frau Lebensmut und Gottvertrauen. Sie sind da, wenigstens an sie durch das unsoziale Verhalten weitester Kreise, insbesondere auch der Arbeitgeber, immer wieder harte Anforderungen gestellt werden. Der Anblick unserer Jugend gibt nicht nur Mut, sondern innere Erhebung. Zu wissen, daß neben uns junge Menschen mitwirken und nach uns an unseren Stellen weiterarbeiten, gibt der abtumpfenden Tagesarbeit erst die große Endkraft. Sie sind sich auch ganz ihrer großen Aufgabe bewußt, unsere jungen Freunde. Nach der Versammlung nehmen sie bis zum Abgang des Tages gern jede Gelegenheit wahr, mit mir weiter über gewerkschaftliche und besondere Jugendfragen zu beraten. Dann geht es wieder zum Bahnhof. Ein kurzer Augenblick im Wartesaal gibt erneut Gelegenheit zu sozialen Vergleichen. Während an einem abseitigen Tisch ein Schloßler sein bescheidenes Butterbrot verzehrt, mokiert sich ein Stuger mit entsprechendem Badenächtmissen mit Seinesgleichen über das freche Gleichberechtigungstreben der Arbeiterschaft und über die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosenunterstützung. Bis zur Volksgemeinschaft ist es noch weit, wenn Leute in dieser Zeit mit ihrem gewaltigen Anschauungsunterricht reden. Wir wollen trotzdem nicht daran verzweifeln, denn es gibt auch Einsichtige.

Am Ausgangsbahnhof verlaufen sich gerade die Demonstranten einer politischen Rundgebung. Man wird sie gewohnt. Die einen nennen sich Sozialisten und vertreten unter Schlagworten Endziele, die nicht zu verwirklichen sind, und übersehen damit die Tat für den Tag. Die andern haben sich noch zum Sozialisten einen besonderen Vornamen beigelegt. Ihr Tun ist aber trotzdem bestimmt nicht national. Meinungsnechtung bleibt immer undenklich. Unsere christliche Gewerkschaftsjugend, unsere konfessionellen Standesorganisationen gehen hier den richtigen Weg. Die Welt ist nur zu ändern, wenn die Menschen ihre Gesinnung zum Guten ändern. Hier mitzuarbeiten muß unser aller Aufgabe sein. Die Wege dafür sind vielseitig. Den Sonntag als Werktag zur geistigen Pflege benutzen, heißt einer Zeit vorarbeiten, in der der wöchentliche Sonntag auch dem Arbeiter ein Tag der vollen Freude und Erholung sein kann.

### Der Aufwand für den Arbeitslosen

Die manchmal geradezu phantastischen Meinungen in Nichtarbeiterkreisen über die Bezüge der Arbeitslosen erfahren durch die endlichen Feststellungen eine unausgesprochene Zurückweisung. Der durchschnittliche Aufwand je unterstützten Arbeitslosen ging in den letzten Jahren ständig zurück. Dies ergab sich zum Teil bereits aus der Verschiebung von der Arbeitslosenversicherung zur Krisenfürsorge und von dieser zur Wohlfahrtspflege. Dazu kam, daß in allen Unterstützungsweigen mit der wachsenden Notlage Leistungskürzungen vorgenommen wurden. Schließlich müssen die Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, weil sie sich nach dem Verdienst der letzten sechs Monate vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit richten, auch mit dem Sinken der Löhne und Gehälter automatisch zurückgehen. Die große Lohnsenkung vom Januar dürfte sich dabei noch nicht in vollem Umfang ausgewirkt haben. Bei den Leistungen der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge kommt noch hinzu, daß hier die Naturalunterstützung, deren Wert mit der Preisentwertung sich vermindert, eine verhältnismäßig große Rolle spielt.

Nach im Jahre 1928/29 betrug der durchschnittliche monatliche Aufwand je Hauptunterstützungsempfänger 85,80 RM. Davon waren aber nur 76,50 RM. reiner Unterstützungsaufwand. Bis zum Rechnungsjahre 1931/32 gingen die Gesamtausgaben weiter zurück auf 70,30 RM. Der reine Unterstützungsaufwand je Hauptunterstützungsempfänger sank gleichzeitig auf 63,40 RM. In der Krisenfürsorge betragen die monatlichen Aufwendungen im Rechnungsjahre 1928/29 83,50 RM. In den folgenden Jahren gingen die Gesamtausgaben weiter zurück bis auf 59,20 RM. im Jahre 1931/32. Ueber die Gesamtausgaben in der Wohlfahrtspflege liegen erst seit dem Rechnungsjahre 1930/31 genaue Ausweise vor. In diesem

Rechnungsjahr wurden für den Wohlfahrtserwerbslosen 58 RM. im Monat im gesamten ausgegeben, im Jahre 1931/32 sind diese Ausgaben auf 53 RM. zurückgegangen. Die Gesamtausgaben lassen aber nur annähernd erkennen, welche Aufwendungen für die Unterstützung gemacht werden mußten. Der reine Unterstützungsaufwand liegt immer um rund 5 RM. unter dem Gesamtaufwand. Die Sätze für die einzelnen Hauptunterstützungsempfänger betragen also 1931/32 im Durchschnitt 63,40 RM., für die Krisenunterstützten 54,20 RM. und für die Wohlfahrtserwerbslosen 48 RM. im Monat. Inzwischen ist eine weitere Senkung des Durchschnitts eingetreten als Folge der Lohnsenkung im Januar.

### Die Invalidenversicherung in der Nachinflationzeit

Die Invalidenversicherung befindet sich in einer schweren Krise, und die zurückgetretene Reichsregierung Brüning hatte in ihren Notverordnungsplänen alle Voraussetzungen für eine Sanierung getroffen. Die Entwicklung der Invalidenversicherung seit dem Jahre 1924 zeigt, daß das Reich in diesen Jahren genötigt war, insgesamt 2373,8 Millionen RM. als Zuwendungen in der verschiedensten Form der Invalidenversicherung zu kommen zu lassen. Die Reichszuschüsse erfolgten schon im Jahre 1924, wenn auch mit dem verhältnismäßig geringen Betrag von 95,6 Millionen RM. In den folgenden Jahren stiegen aber diese Beträge, um im Jahre 1931 eine Summe von 234,9 Millionen RM. zu erreichen, so daß in diesen acht Jahren der Invalidenversicherung als Reichszuschuß insgesamt 1488,7 Millionen RM. überwiesen wurden. Die Reichszuschüsse genühten aber nicht, um das immer größere Defizit der Invalidenversicherung zu decken. Schon im Jahre 1926 trat zu den Reichszuschüssen ein besonderer Zuschuß aus den Zollgeldern. Dieser Zuschuß hat bis zum Jahre 1929 40 Millionen RM. jährlich betragen; er wurde dann im Jahre 1930 auf 20 Millionen RM. verringert, und es folgte im Jahre 1931 eine weitere Kürzung auf 8 Millionen RM., so daß aus Zollgeldern seit 1926 der Invalidenversicherung zusammen 188 Millionen RM. zur Verfügung gestellt wurden. Aber auch diese Zuschüsse genühten noch nicht, um die notwendigen Ausgaben für Rentenleistungen zu decken. Darum wurde seit dem Jahre 1927 ein Reichsbeitrag überwiesen und Fürsorgeerkenntenerstattung durchgeführt. Auch hier war der Anfangsbetrag verhältnismäßig gering, er betrug nur 24,6 Millionen RM., stieg aber schon im nächsten Jahre auf 130 Millionen RM. In den fünf Jahren sind zusammen 697,1 Millionen RM. in dieser Form als Reichszuwendungen geleistet worden. Die Rentenleistungen der Invalidenversicherung in den acht Jahren seit 1924 sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Sie setzten im ersten Jahre nach der Inflation mit 347,8 Millionen RM. ein und betrugen schon im Jahre 1929 1163,3 Millionen RM. Im letzten abgelaufenen Jahr 1931 waren sie auf 1380,1 Millionen RM. angestiegen. In dem ganzen Zeitraum seit Inflationseinde wurden durch die Invalidenversicherung 7267,9 Millionen RM. als Rentenleistungen ausgegeben.

### Rundschau

#### Der Stand der Arbeitslosigkeit Ende Mai

In der Zeit vom 15. bis 31. Mai ist die Arbeitslozenzahl um 92 000 zurückgegangen. Der Rückgang in der zweiten Maihälfte ist also etwas größer als in der ersten Maihälfte. Ende Mai wurden im ganzen 5 583 000 Arbeitslose gezählt. Der Rückgang in der Arbeitslosenversicherung betrug nur 64 000, so daß von der Versicherung 1 076 000 Arbeitslose betreut wurden. In der Krisenunterstützung ist der Rückgang etwas stärker als sonst gewesen, und zwar betrug er 52 000. Ende Mai befanden sich 1 582 000 Arbeitslose in der Krisenunterstützung. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres betrug der Rückgang der Arbeitslosigkeit 158 000. Der Gesamt rückgang von Mitte März bis Ende Mai stellt sich auf 551 000, während er in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 870 000 erreichte.

#### Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft in Zahlungsschwierigkeiten?

Nach Mitteilungen in Blättern, die den Arbeitgebern nahesteht, konnte die Tiefbauberufsgenossenschaft die zum 1. Juni fälligen Postvorschüsse für die Rentenzahlungen nicht aufbringen. Zur Erläuterung dieser Tatsache und zur Milderung der entstandenen Beunruhigungen wird nunmehr folgendes mitgeteilt: Der Betrag, der für die Rentenzahlungen in Betracht kommt, beläuft sich zur Zeit auf monatlich rund 350 000 Mark. Infolge der überaus ungünstigen Beschäftigungslage im Tiefbaugewerbe, in dem zur Zeit etwa 85 Prozent der Arbeiter erwerbslos sind, sind in der letzten Zeit die Mitgliederbeiträge bei der Tiefbauberufsgenossenschaft nicht mehr in einem solchen Umfange eingegangen, daß die Genossenschaft der Reichspost, wie üblich, im Mai den Betrag von 350 000 M. für die Rentenzahlungen für den Monat Juni pünktlich zur Verfügung stellen konnte. In der Auszahlung der Renten für den laufenden Monat ist aber keinerlei Verzögerung eingetreten, weil die Reichspost die Beträge an die Renteneinpänger weiterzahlt. Es sind Bemühungen im Gange, die Liquiditätsschwierigkeiten bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft durch Mobilisierung eines Teils der Kapitalanlagen dieser Genossenschaft zu beheben. Das Ver-

mögen der Tiefbau-Berufsgenossenschaft beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. — Grundätzlich ist zu den Liquiditäts-Schwierigkeiten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zu sagen, daß den Rentenempfängern Ausfälle selbst bei einer Verschärfung der Liquiditäts-Schwierigkeiten, die in diesem Falle nicht mehr zu erwarten sind, nicht entstehen können, weil nach den §§ 647, 961 und 1040 der Reichsversicherungsordnung das Reich für die Zahlungsverpflichtungen der Genossenschaft die Garantie übernommen hat.

Aus dem Hinweis, daß durch das Darniederliegen der Bauwirtschaft die Zahlungsschwierigkeiten der Berufsgenossenschaft eingetreten sind, möchten wir den Schluß ziehen, daß man endlich den Mut aufbringt, die Ursachen beim richtigen Namen zu nennen und die Entlastungsversuche nach der Rentenrente hin zu unterlassen.

### Deutschlands größte Bauparkasse im Krisenjahr 1931

Die bekannte älteste und größte Bauparkasse Gemeinschaft der Freunde veröffentlicht jeben ihren Jahresbericht für das Jahr 1931. Der Bericht zeigt, daß sie ihre Krisenfestigkeit auch in dem schweren Jahr 1931 bewiesen hat. Sie war in der Lage, im ganzen Berichtsjahr allen Anforderungen im vollen Umfang zu entsprechen. Es konnten sogar trotz der schweren Zeit 3070 Bauparier mit 37 290 000 RM. Bauparsumme neu gewonnen, die Rücklagen von 4,9 Millionen RM. auf 5,3 Millionen RM. erhöht werden. Die gesamten Zuteilungen bis März 1932 seit Bestehen des Unternehmens betragen 187,5 Millionen RM. an 12 595 Bauparier. Um zusätzliche langfristige Mittel zur Verkürzung der Wartezeit zu gewinnen, wurde im Jahre 1931 das Vermögensbuch eingeführt, das die Möglichkeit bietet, Spargelder anzuhäufeln, die auch für andere Zwecke als für den Wohnungsbau Verwendung finden können. Verwaltungs- und Verbetkosten haben eine wesentliche Einschränkung erfahren. Wichtig ist zu erwähnen, daß die GdZ. keiner besonderen Zulassung durch das Reichsaufsichtsamt bedarf, sondern daß sie kraft Bauparkassengesetzes zum Geschäftsbetrieb endgültig berechtigt ist. Der Jahresbericht läßt die Bedeutung einer gesunden Bauparkasse für unser Wirtschaftsleben erkennen. Es ist zu erwarten, daß durch die Einführung des Gesetzes und die Beaufsichtigung der Bauparkassen bald eine Gesundung im gesamten Bauparkassenwesen eintritt. Mit der GdZ. haben bekanntlich auch die christlichen Gewerkschaften ein Freundschaftsabkommen getroffen.

### „Herr und Hund“

Eine ganz besonders merkwürdige soziale Einstellung bekundet ein Zeitungsbericht, der sich mit einem Modewettbewerb über „Herr und Hund“ befaßt. Es heißt dort: „Man trägt Bernhardiner zu grauem Saito, Barzoi zum Gut, Drahthaarterrier zum großartigen Reiseanflug. Daß zu diesem Complet auch ein stilvolles Auto gehört, ist selbstverständlich.“ — Heute warten Hunderttausende und Millionen auf Arbeit. Die Beschaffung ihrer Kleidung macht ihnen größte Sorge, die meistens nur noch durch caritative Hilfsmaßnahmen behoben werden kann. — Die Volksteile, die jolch unnötige Mode-Illustrationen anbieten oder für nötig halten, sind sich der sozialen Notwendigkeit, die zwischen Mensch zu Mensch erforderlich ist, nicht bewußt — oder legen keinen Wert darauf. Deshalb suchen sie bewußt und auch unbewußt die Uebereinstimmung zwischen sich — ihrer Kleidung und einem Tier! Zum Hund gehört noch die Hundepetische. Diese mit jehtiger Armeskraft auf einen unaussprechlichen Körperteil jolcher Modeschaffer und Modewaffen angewendet, erscheint angebracht. Zur Rückbeziehung, was sich schickt.

### Tarifnachrichten

#### Studgewerbe

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Frankfurt a. M. endeten mit einem Schiedspruch, der einen Stundenlohn für Stättatoure von 104 Fig. vorsieht. Edelputzarbeiten wurden in eine 2. Lohngruppe eingestuft und sollen mit einem Stundenlohn von 100 Fig. abgegolten werden. Die Herstellung von Kabinwänden, das Verlegen von Gipsdielen und Luginwänden, Pedenputz mit Gipsstall oder Zementmörtel und Edelputzimitation sollen mit dem Maurerlohn (93 Fig.) bezahlt werden.

2. Lohnfestlegung für alle jenerungsstetischen Arbeiten. Die in Nr. 24 der „Bauergewerkschaft“ bekanntgegebenen Lohnsätze gelten für die Zeit vom 26. Mai bis 31. Oktober d. J.

#### Mislerergewerbe

Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Frankfurt a. M. jeh den Mislererlohn auf 102 Fig. jeh.

Für Baden wurde durch Vereinbarung für die Zeit vom 1. Juni 1932 bis 31. Februar 1933 der Mindestlohn für Mislerer, Steinrichter und Steinhauer auf 106, 98 und 94 Fig. in den drei Ortsklassen festgelegt. für Kammer auf 96 bzw. 89 bzw. 85 Fig. Steinjehhilfsarbeiter erhalten 74 bzw. 74 bzw. 69 Fig. in Mannheim den im Hoch- und Tiefbauergewerbe üblichen Hilfsarbeiterlohn. Sonstige Hilfsarbeiter liegen jeweils 6 Fig. tiefer.

### Aus dem Verbandsleben

Gesel. Unter dem Vorjch des Kollegen Ferdinand Jahn fand am 19. Mai eine gut besuchte Mitglieder-versammlung statt. Kollege Stahl, Fulda, berichtete über die Lohnverhandlungen im Baugewerbe und erläuterte weiterhin die großen Aufgaben, die die Bauarbeiter für die Zukunft zu erfüllen haben, wenn sie sich gegen die reaktionären Schreihungen der Arbeitgeber

durchjehen wollen. In der Aussprache war man sich allgemein darüber einig, daß mehr wie je die Notwendigkeit des Zusammenjchlusses in unseren Bauarbeiterkreisen propagiert werden muß, weil die Organisation heute notwendiger ist als je. Bei der Vorstandswahl wurde der seitherige Vorstand m. J. Wahl von zwei jugendlichen Kollegen wiedergewählt. Als weiterer Versammlungspunkt war die Ehrung des Kollegen Simon Balzer, welcher 25 Jahre als Ortsgruppenfasser tätig ist. Kollege Stahl sprach im Auftrag des Hauptvorstandes dem Kassierer Balzer für seine treue Tätigkeit den besten Dank aus und überbrachte die Glückwünsche deselben nebst einem Geschenk. Auch die Kollegen der Ortsgruppe hatten es sich nicht nehmen lassen, ihren treuen Kassierer zu beschenken. Mit herzlichsten Glückwünschen wurde dem Silberjubililar der Gewerkschaftsarbeit ein Sejjel durch den zweiten Vorsitzenden überreicht. Kollege Balzer dankte und versprach, auch weiterhin das Amt des Kassierers treu zu erfüllen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden fand die gut verkaufene Versammlung ihren Abschluß mit dem Gelöbniß, überall für den Verband zu werben. Jahn.

**Großenlüder.** Am 21. Mai hielt unsere Ortsgruppe unter Leitung des Vorsitzenden, Kollegen Schön herr, eine gut besuchte Generalversammlung ab. Kassierer Kollege Schmitt gab den Jahres- und Kassierbericht bekannt, woraus zu ersehen war, daß die große Wirtschaftskrise auch in unserer Ortsgruppe sich sehr stark ausgewirkt hat, was besonders an den gesunkenen Einnahmen zu erkennen war. Kollege Stahl, Fulda, berichtete über die Lohnverhandlungen und referierte anschließend über die besonderen Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die Bauarbeiter. Auch wurde der von anderer Seite hart geführte Kampf gegen die Sozialversicherung behandelt und die Mitglieder aufgefordert, durch treue Mitarbeit in diesem Kampfe die Bestrebungen des Verbandes voll und ganz zu unterstützen. Für die Arbeitslosen ist es heute mehr wie je notwendig, in der festgejjugten Organisation zusammenzustehen, um den harten Daseinskampf erfolgreich führen zu können. In der Diskussion sprachen Kollege Sippel und der Vorsitzende und forderten mehr Bereitwilligkeit und Standhaftigkeit der gesamten Mitglieder. Verschlechterungen in der Sozialpolitik sollen und müssen abgemehrt werden, wenn nicht die Arbeiterjchaft noch mehr verarmen soll. Ein weiteres Sinken der Bauarbeiterlöhne ist untragbar. Nach getätigter Vorstandswahl und Aufjoderung des Vorsitzenden, auch in der Krisenzeit die Beitragszahlung zu erfüllen, um den Verpflichtungen des Verbandes nachzukommen, fand die Versammlung nach einem gemüthlichen Beisammensein beim neuen Vereinswirt ihren Abschluß. Dietrich.

**Rimpar.** Am 26. Mai hatten wir eine sehr gut besuchte Versammlung. Stellungnahme zu den neuen Lohn- und Tarifverhandlungen und Orientierung über die gegenwärtige Wirtschaftslage waren die Hauptpunkte. Juerst berichtete Kollege Greib über die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im Jahre 1931. Daraus war zu ersehen, daß der Verband pro Mitglied mehr als das Doppelte ausgeben mußte, wie er eingenommen hat. Diese Tatsache fordert von uns entsprechende Einsicht. Mit der Lohnregelung ist die Gruppe Rimpar nicht einverstanden und protestiert gegen den Schiedspruch ganz entschieden. 3. Jt. ist an der Baustelle Stauffe Erla hr un n Hochbetrieb, auch da gibt es viele Mängel zu behejigen, die von den dort arbeitenden Kollegen vorgebracht wurden. Die Arbeit war gedacht, möglichst vielen Arbeitslosen Gelegenheit zum arbeiten zu bieten, nun aber sind viele enttäuscht, wenn sie an die Baustelle kommen und die großen Maschinen sehen, die so vielen die Arbeit wegnehmen. Ueber die schlechte Wirtschaftslage führte Kollege Greib aus, daß die Ursache auf den Weltkrieg zurückzuführen sei, dessen Folgen sich jetzt auswirken. Nur dann sei ein Volk stark, wenn es in seiner Wirtschaft gesund sei. Das ist aber bei uns leider nicht der Fall. Die anerkannte Not der Landwirtschaft wird übertriften von der Not der Bauarbeiter, die jetzt in den besten Monaten zu 90 Prozent auf der Straße liegen. Aus der Tätigkeit und Umsicht unserer Führer dürfen wir den Schluß ziehen, daß sie alles Erdenkliche im Rahmen der heutigen Möglichkeiten für die Besserung der Zustände versuchen. Unsere Notlage sollen auch die anderen Berufsjände wissen und ihr soziales Gerechtheitsempfinden offenbaren. Einmal muß es doch wieder besser werden. — Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Interesse bedankt. Es wurde behauert, daß in vielen Kreisen, die noch keine wirkliche Not kennen, zu wenig für die Arbeitslosen getan wird. R. Sch.

**Sainhofen.** Anläßlich unserer Mitglieder-versammlung am 29. Mai fand die Ehrung unseres langjährigen Kassierers, Kollegen Ludwig Schröd, für 25jährige Mitgliedschaft statt. Neben den Mitgliedern mit ihren Familienangehörigen hatten sich Herr Oberlehrer Döjj, Vorstandsmitglieder des katholischen Arbeitervereins und Kollegen christlicher Bruderverbände eingefunden. Kollege Häring-Augsburg überreichte dem Jubililar nach einer jinnreichen Ansprache Diplom und Silbernadel. Daß unsere Ortsgruppe unter leitkräftiger junger Führung trotz der Not der Zeit nicht nur lebensfähig, sondern besonders lebenswillig ist, zeigte die gute Stimmung der Versammlung. So sind die Dankesworte des Jubililar, verbunden mit der Bitte an die Jungen, des unter großen Opfern angebaute Wert der christlichen Gewerkschaftsbewegung weiter auszubauen, bestimmt auf fruchtbaren Boden gefallen.

**Moers.** Anläßlich des silbernen Verbandsjubiläums unseres Kollegen Peil veranstaltete unsere Ortsgruppe am Samstag, dem 4. Juni, hier im Gewerkschaftshaus eine jchlichte, jedoch sehr eindrucksvolle Feier. Recht zahlreich hatten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen eingefunden. Besonders gut vertreten waren die Ortsgruppen Rheinhausen und Pinfort, die Jugendgruppe Rheinhausen war jast geschlossen mit ihrer vorjughlichen Leitung anwesend. Der Vorsitzende der Verwaltungsjstelle Kollege Teichner begrüßte die zahlreich

Erschienenen recht herzlich, darunter den Bezirksleiter Koch-Bochum als Vertreter des Haupt- und Bezirksvorstandes, den Kollegen Berg als Leiter der Verwaltungsjstelle Duisburg, den Arbeitersekretär Thamm als Vorsitzenden des Kreistells, den Bezirksleiter Greij vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter und unseren Kollegen Platen, jahrelang Kassierer der Ortsgruppe Rheinhausen, jeh Leiter der Nebenstelle Homberg des Arbeitsamtes Moers. Gemeinjschaftlichen Liedern folgte die Festrede des Kollegen Koch. Der Beredegang und die Erregungsjchaften unseres christlichen Bauarbeiterverbandes, besonders im Kreise Moers unter der Mitarbeit bzw. Leitung des Jubililar jogen an unseren Augen vorüber. Der Frau des Jubililar sprach er den besonderen Dank aus für die Unterstützung, die sie dem Jubililar gewährte. Unter herzlichsten Glück- und Segenswünschen des Haupt- und Bezirksvorstandes überreichte er dem Jubililar die Ehrenurkunde und die silberne Verbandsnadel. Die Ortsgruppen, welche nicht erschienen waren, hatten dem Jubililar teils schriftlich, teils telegraphisch ihre Glückwünsche dargebracht. Die oben genannten Vertreter der Bruderverbände und Arbeitervereine hoben bei ihren Glückwünschen die gute Zusammenarbeit mit dem Jubililar hervor. Der Dank des Kollegen Peil klang in dem Wunsch aus, daß auch in Zukunft die treue Zusammenarbeit und Mitarbeit der Kollegen noch mehr gefestigt und erfolgreich werde. Seine Arbeit sei ihm Pflicht und inneres Bedürfnis gewesen. Als beste Anerkennung sehe er die Zusammenarbeit zwischen Vorstandsmitgliedern, Hauskassierern und Baudelegierten an. Jeder muß die Stelle, wo er hingestellt wird, auch voll und ganz ausfüllen. Einige gemüthliche Stunden schlossen sich an. Wir werden auch in Zukunft wie bisher aktiv für unseren christlichen Bauarbeiterverband im Kreise Moers wirken.

### Bekanntmachung

**Achtung! Kollegen von Heiligenstadt und Umgebung!!**  
Zur Erledigung notwendiger persönlicher Aussprachen bin ich jeden Freitag von 9.30 bis 12.30 Uhr in Heiligenstadt im Büro des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (Kölpinghaus) anwesend.  
Johann Wüherpennig, Duderstadt.

### Sterbefafel

Am 15. Mai starb im Alter von 24 Jahren unser treues Mitglied Josef Burgmeier, Hilfsarbeiter, Regensburg, an Lungenentzündung.  
Verwaltungsjstelle Regensburg.  
Am 6. Juni starb plötzlich und unerwartet, nach vorausgegangener Unwohlsein unser treuer Kollege und langjähriger Schriftführer, der Maurer Max Seyfert im Alter von 43½ Jahren. Er ging unmittelbar von der Arbeit in den Tod.  
Ortsgruppe Herne-Sodingen i. W.  
Ehre ihrem Andenken!

### Radikaler Preisabbau!

Andere reden  
Wir beweisen  
durch unseren neuen  
Katalog kostentlos  
Sigid Gesellschaft  
Kassel 57

**Nichtraucher**  
Garant. in 5 Tagen!  
Puskunft kostenlos!  
Sanitas-Depot,  
Halle (Saale) 480 W.

Lesen  
den  
Deutschen

### Maurer-Hosen

Dreidraht, ganz schwer  
9,75. Zweidraht, schwer  
— Mu. stet gratis und  
franko.  
Herbert Fritzsche  
Niederstraße 1. Sa.

### Schlantheit

erzielen Sie über Nacht  
durch äußere Einrei-  
ben ohne Hungerkur.  
Kuskunft kostenlos!  
Sanitas-Depot,  
Halle (Saale) 480 X.

### Möbel-Kamerling

N. Kastanien-Allee 56  
(Ecks Fehrbellinerstr.)  
Speisez., Schlafz., Her-  
renz., Küchen, Polster-  
möb., Großlag. z. Klein-  
preis. Verlieh. gew.  
Möb. u. Pr.

### Spezialabzitt für Berufsleibung

Große Lager in 1a Maurerstellen,  
Echte Tealholzwasserwaagen.  
Wegen Raumbeschränkung ist es  
mir nicht möglich alle Artikel  
anzujühren. Verlangen Sie bitte  
meine Auftragserteilung völlig un-  
ion? meine ermähigte Preisliste.  
Louis Mosberg, Vielesfeld 5, Breite Straße 44.

Wepa. Fab.  
i. Arbeitsanz.  
55mtl. Berufe.  
Spez.: Blau  
Maschinenbau-  
u. Maurer-  
W. Fabr.  
Blm. N. 31  
Brunnenstr. 78

### Tealholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Stärke 25 x 50 und 25 x 55 mm							
100	90	80	75	70	60	50	cm
3.20	3.00	2.80	2.70	2.60	2.40	2.20	
Extra-Qualität:							
3.80	3.60	3.40	3.30	3.20	3.00	2.80	

Sämtliche Messzeuge, Velleibung, das Beste auf dem Markt  
lt. Katalog sofort lieferbar. Vert. geg. Nachn. Bon 10 RM.  
an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.  
Kremermeier & Co., Vielesfeld, Ziegelstraße.